



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886690

P/XIII/205 - 20. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Wenn man wollte Von Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD	83
<u>Sperrfrist: Mittwoch 24 Uhr</u>		
3 - 4	Bonn entdeckt Lateinamerika Von Max Diamant	103
5 - 6	Die Ergebnisse von Bournemouth Zum 90. Kongress des britischen Gewerkschaftsbundes	64
7	USA-Hilfe für Ravensbrück-Opfer Unentschuldigbares Versagen deutscher Stellen	38

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Sperrfrist: Mittwoch 24 Uhr

Wenn man wollte

Von Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Am 6. September sind in Berlin (Ost) drei Dokumente veröffentlicht worden, denen man im Westen grössere Aufmerksamkeit widmen sollte als es bisher den Anschein hat. Die "Erklärung der Regierung der DDR", die "Note der DDR an die vier Mächte" und die "Note an die Deutsche Bundesrepublik", die das Datum des 4. September tragen, sind Anzeichen dafür, dass sowjetischerseits das Thema "Friedensvertrag mit Deutschland" wieder aufgegriffen und zur Diskussion gestellt wird. Obwohl die Sowjetregierung selbst in dieser Runde nicht das Wort genommen hat, lassen die von der Regierung der sowjetisch besetzten Zone versandten Texte keinen Zweifel daran, dass sie im Einklang mit Vorstellungen der Sowjetregierung stehen und im Hinblick auf eine "Gipfelkonferenz" der Grossmächte eine Aufgabe zu erfüllen haben.

Vier Punkte kehren in allen drei Dokumenten beinahe wortgetreu wieder:

1. Der Teil des deutschen Problems, dessen Lösung in die Zuständigkeit aller ehemals kriegführenden Staaten falle, sei die Frage des Friedensvertrags; dabei liege - so heisst es - "auf den vier Mächten und auf den beiden deutschen Staaten die Hauptverantwortung".
2. Es wird vorgeschlagen, "sofort eine Kommission aus Vertretern der vier Mächte mit der Aufgabe zu bilden, Konsultationen über die Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland zu beginnen"; dazu gehöre auch eine Vereinbarung, "in welchem Stadium und in welcher Form die beiden deutschen Staaten als Verhandlungspartner zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sind".
3. Der Bundesregierung wird vorgeschlagen, "eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden, die sich mit den Fragen beschäftigen soll, die mit der Vorbereitung des Friedensvertrags mit Deutschland zusammenhängen"; ein gemeinsamer deutscher Standpunkt für die mit den vier Mächten zu führenden Verhandlungen könnte - so heisst es in den Erklärungen - mit Hilfe dieser Kommission erarbeitet werden.
4. Fragen, die "ausschliesslich Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten sind", sollten auch in dieser Kommission behandelt werden; dabei handelt es sich im Sinne der Erklärungen sowohl darum, "die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates voranzutreiben", als auch um die Behandlung von Fragen, "die das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander betreffen". Absprachen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbindungen, auf dem Gebiete der Zoll- und Währungsangelegenheiten des Verkehrs- und Nachrichtenwesens und auf anderen Gebieten werden andeutungsweise genannt. Es wird auch in Aussicht gestellt, "die Frage der Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten"

zu lösen, sofern die Bundesregierung bereit ist, auf die Unterstützung aller Versuche zu verzichten, durch Spione und Agenten die verfassungsmässigen Zustände in der DDR zu untergraben". Für die Behandlung der Wiedervereinigungsfragen in der Kommission wird in der "Note an die deutsche Bundesrepublik" die Norm aufgestellt: "Beide deutsche Regierungen (sollten) davon ausgehen, dass eine Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik nicht dadurch herbeigeführt werden kann, dass die Staats- und Gesellschaftsordnung des einen Staates auf den anderen übertragen wird".

Wenn man seine Zeit nicht damit vergeudet, die Umständlichkeit und Schwülstigkeit der Texte zu kritisieren oder zum soundsovielten Male zu beteuern, auf die in den Texten enthaltenen Vorschläge könne nicht eingegangen werden, weil die "DDR" nicht existiere oder weil mit ihr keine Beziehungen unterhalten werden, könnten sogar diese Texte Gegenstand nützlicher Initiativen werden. Allerdings hat es die in der Bundesrepublik regierende CDU schwer, von ihren eigenen Dogmen herunterzukommen. Will sie es wenigstens? Oder wollen es wenigstens manche in ihren Reihen?

Im März dieses Jahres hatte die Fraktion der Freien Demokraten in einem von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion unterstützten Antrag verlangt, der Bundestag solle beschliessen, die Bundesregierung zu beauftragen, sich für die Bildung eines Viermächteausschusses einzusetzen, der die Grundlinien eines Vertrages mit Deutschland beraten solle. Die CDU hat diesem Antrag die Zustimmung verweigert. Ein Teil der CDU-Abgeordneten hielt es offenbar für unmöglich, sich auf eine Begriffsbestimmung Deutschlands oder Gesamtdeutschlands einzulassen. Ein anderer Teil hielt es nicht für ratsam, Friedensvertragsverhandlungen einzuleiten, weil man dann nicht um die leidige Regelung der Grenzfragen herumkäme und weil die Gefahr einer Einbeziehung der "DDR" in solche Verhandlungen heraufbeschworen würde. Es kam dann zu dem Kompromiss, nämlich der Empfehlung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der Bundestag möge sich für die Bildung eines Viermächteausschusses einsetzen, der die Grundlinien zur Lösung der deutschen Frage beraten solle. Alles weitere blieb dabei offen.

Nachdem die Bundesregierung mehr als zwei Monate vergehen liess, ohne sie jetzt endlich wenigstens diesen Beschluss an die vier Mächte weiterbitete, ist die Lage noch nicht einfacher geworden. Wenn es aber richtig ist - was auch die Bonner Note, wenn auch reichlich spät, bestätigt - dass es vor allem darauf ankommt, eine Viermächteinstitution und eine Prozedur des Beratens und Verhandels in Gang zu bringen, dann bieten sogar die sowjetischen Dokumente vom 4. September Anhalts- und Ansatzpunkte, um zunächst wenigstens zu Verhandlungen oder Vorverhandlungen über Institution und Prozedur zu gelangen. Wenn man wollte! Aber wird man von den Ostberliner Noten überhaupt Notiz nehmen? (Entnommen der neuesten Ausgabe des "Vorwärts") 3 -

## Bonn entdeckt Lateinamerika

Von Max Diamant

Wie sehr auch die Aussenpolitik der Adenauerregierung, die in den Fußstapfen von Dulles wadet, sich durch einen Mangel an Vision auszeichnet, haben diese kritischen Sommerwochen besonders deutlich demonstriert.

Bonn hat noch keinen zusammenhängenden aussenpolitischen Kurs, weil es auch im Inneren kein Gesamtkonzept gibt - zumindest keins, das klar zu umreißen ist. Das mehr oder minder zufällige Stückwerk, das sich bisher im bundesstaatlichen Neuaufbau zusammenfügen liess, hat aber einen obersten politischen Gesichtspunkt: das Streben nach Restauration! Doch schafft diese restaurative Maxime auf dem Gebiete der Aussenpolitik geradezu eine Zwangslage, sich auf schlüpfrigen Boden zu begeben. Der innere Kurs Bonns produziert so in der Aussenpolitik eine Verhaltensweise und eine Ausrichtung, die je weiter umso mehr, Misstrauen, Unsicherheit und zusätzliche Widerstände auf den Plan rufen.

### Demonstrative Gunstbeweise

Es ist nicht zufällig, dass bei seinen ersten Schritten auf dem Boden lateinamerikanischer Politik Bonn Erde vorigen Jahres gleich ausgeglitten ist: indem es durch einen Freundschaftsvertrag mit der Republik Santo Domingo und Ehrenmedaillen an den damaligen Polizeigewaltigen Venezuelas den politischen Ruf der westdeutschen Republik mit dem Namen der dominikanischen Terrorherrschaft Trujillos und der inzwischen gestürzten venezolanischen Generalsdiktatur von Pérez Jiménez zusammengekoppelt hat. Was das an nachhaltender politischer Wirkung unter den erwachenden Völkern und ihren intellektuellen Führern in ganz Lateinamerika bedeutet - und vielleicht nicht nur in Lateinamerika - das wird jetzt auch Bonn vielleicht erwägen. Besonders, nachdem selbst nun Mr. Milton Eisenhower, der Bruder des USA-Präsidenten, in den politischen Schlussfolgerungen zu seiner Mittelamerika-Reise gerade diese verheerende Wirkung der demonstrativen Ehrungen und Gunstbeweise an die beim Volk verhassten Potentaten stark betont hat. Im Kongress-Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten in Washington hat der ehemalige Staatspräsident von Costa Rica, Sr. José Figueres, den aufhorchenden amerikanischen Politikern erklärt, dass Nixon auch deswegen in Caracas bespioniert worden sei, weil das venezolanische Volk auf diese drastische Weise nachträglich quittieren wollte, dass Jahre vorher seine diktatorischen Peiniger in Washington mit Medaillen geehrt worden seien.

### Was Lateinamerika erwartet

Lateinamerika erwartet von den hochentwickelten Ländern der Welt nicht herablassende Hilfe und Geschenke, sondern technische Unterstützung, langfristige Kredite und gesteigerten Waren Austausch, um seine Industrialisierung durchführen zu können. Ärger noch als die bisherige Uninteressiertheit und das krasse Unverständnis der führenden Länder, empfindet man hier es aber, wenn nordamerikanische oder europäische Regierungsvertreter in lateinamerikanischen Fragen eine Haltung der nonchalanten Überlegenheit an den Tag legen. Es irren sich gründlich die, die glauben, es genüge, mit Lateinamerika in der Sprache der Zahlen, in der Sprache des Handels, zu sprechen. Weil

Die lateinamerikanische Sensibilität besonders entwickelt ist, gehören hier, mehr noch als anderwärts, intensiver Wirtschaftsverkehr, gegenseitiges respektvolles politisches Verständnis und lebendiger kultureller Austausch unbedingt zusammen. Ohne diesen Zusammenhang zu sehen, und ohne geeignete Sprecher einzusetzen, ist man von vornherein vom lateinamerikanischen Gespräch ausgeschaltet.

#### Ein Kontinent im Aufbruch

Die Wiederentdeckung Lateinamerikas durch Europa steht im direkten Zusammenhang damit, dass der Südteil Amerikas dabei ist - nach Asien und Afrika - zum dritten "Kontinent im Aufbruch" zu werden. Die USA gehen nach den Lehren der letzten Zeit dazu über, die Verbindung zu Lateinamerika zu intensivieren und sich dabei nicht mehr ausschliesslich auf die Beziehungen zu den Regierungen und auf die Dienste der eigenen Beamten zu orientieren. Als seinerzeit der grösste konservative Politiker Englands, zu Beginn des II. Weltkrieges, sich über die weiteren Perspektiven des Kriegsverlaufs Rechenschaft ablegte, da schickte er den linken Labourpolitiker Stafford Cripps als Botschafter an den Kreml. Wenn vielleicht nicht so sehr an rhetorischer, so doch aber an praktischer politischer Geschicklichkeit auf dem Gebiete der Aussenpolitik, scheint heute die österreichische sozialdemokratisch-katholische Koalitionsregierung vorbildlich zu sein: denn weit über Mexiko hinaus machte es Eindruck, dass der österreichische sozialdemokratische Staatssekretar Bruno Kreisky bei seinem vorjährigen Besuch in dem nationalrevolutionären Mexiko eine gemeinsame Note anzuschlagen verstand. Er sprach von der geopolitischen Gemeinsamkeit in der Lage Österreichs und Mexikos in der Nachbarschaft der beiden grössten Staaten der heutigen Welt. Und er sprach von der historischen Aufgabe einer modernen Kulturpolitik aller zukunftsgläubigen Völker, die darin bestehen muss, die brachliegenden und schlummernden Fähigkeiten und Talente jeweils des ganzen Volkes zu wecken. Aber auch Washington scheint nun seine Lektion, in Mexiko jedenfalls, verstanden zu haben. Denn nachdem der vorangegangene hochtrabende Berufediplomat White zurückgezogen werden musste, ist die USA in Mexiko auf das wirksamste durch seinen jüngsten und populären Botschafter Robert C. Hill, den früheren Staatssekretär im Aussenamt, vertreten. Und als ob sie ein politisches Gespann wären, wirkt er hier mit dem erfahrenen Sozial-Attaché Abe Kramer zusammen, der seinerseits aus der nordamerikanischen Gewerkschaftsbewegung kommt.

Bonn aber hat nach Mexiko als seine ersten Botschafter nacheinander die Herren von Twardowsky und Gebhardt von Walter gesandt. Als in diesen Wochen, im Anschluss an die internationale Interparlamentarische Konferenz in Buenos Aires die zwei Bonner CDU-Parlamentarier, Dr. Gerstenmaier und Dr. Kiesinger, eine Reihe lateinamerikanische Länder aufsuchten, handelte es sich im wesentlichen um eine protokollarische Tournée.

Dagegen wirkt Frankreich besonders durch seine intellektuellen Führer und durch sein Netz rühriger kultureller Institutionen. Ausserdem lässt der Quai d'Orsay neuerdings seine Botschafter zu lateinamerikanischen Aussprachen zusammen. Dieser Tage entsendet Paris seinen stellvertretenden Aussenminister zu einer Rundreise durch die lateinamerikanischen Hauptstädte. Italien gar schickt seinen Staatspräsidenten auf Reisen durch Lateinamerika.

Allen überlegen, und auch alle russischen Bemühungen in den Schatten stellend, ist aber die rührigste, bestinformierteste und neuerdings auch immer moderner auftretende "Aussenmacht" auf lateinamerikanischem Boden - die Katholische Kirche. Dass in dieser Weltorganisation, die in Lateinamerika bislang nur als traditioneller Verbündeter aller Konservativen aufgetreten war, neuerdings immer stärker ein demokratischer und arbeiterfreundlicher Kurs hervorgekehrt wird, ist ein berechtetes Zeichen unserer Zeit. Aber auch ein Zeichen der Richtung, die die lateinamerikanische Entwicklung heute eingeschlagen hat.

## Die Ergebnisse von Bournemouth

E. A., London

Stagnation der britischen Wirtschaft, Möglichkeit baldiger Parlamentswahlen und schliesslich die Erfahrungen des grossen Londoner Omnibusstreiks bildeten die Szenerie des diesjährigen 90. Kongresses der britischen Gewerkschaften in Bournemouth. Die grosse englische Presse zeigte ihre Enttäuschung darüber, dass es kein Feuerwerk bitterer Auseinandersetzungen gab, indem sie die Tagung "der Kongress des Gähnens, der Langeweile" betitelte. Da sie keine Knalleffekte berichten konnte, liess sie die wichtigen Ergebnisse des Kongresses unter den Tisch fallen.

Das zweifellos wichtigste Problem, das sich augenblicklich den britischen Gewerkschaften stellt, besteht in der Bewältigung der Aufgabe, bei absinkender Wirtschaftstätigkeit die Lohnhöhe zu halten und volle Beschäftigung zu sichern. Die englische wirtschaftliche Produktion liegt seit Jahresbeginn durchschnittlich um  $3 \frac{1}{2}$  Prozent unter der des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende August 180 000 mehr als im Vorjahre und dürfte sich, wenn die Wirtschaft weiter stagniert, im Winter auf das Doppelte, rund 4 % der Gesamtbeschäftigung, steigern. Während in den Vorjahren die Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch entsprechende Lohnerhöhungen voll ausgeglichen werden konnten, hängen in diesem Jahre die Löhne zurück. Nur vier Millionen Arbeitnehmer hatten bisher in diesem Jahre Lohnaufbesserungen zu verzeichnen, während im Vorjahre neun Millionen daran beteiligt waren, und die diesjährigen Aufbesserungen lagen im Durchschnitt bei drei Prozent gegenüber den fünfprozentigen Aufbesserungen der Vorjahre. Der Londoner Omnibusstreik, der diese Abwärtsbewegung zu durchbrechen versuchte, erzielte ohne das gewünschte Resultat zu erreichen.

Unter diesen Umständen war es selbstverständlich, dass der Kongress in Bournemouth seinen Höhepunkt mit der Beratung der Wirtschafts- und Lohnpolitik am vierten Verhandlungstage erreichte. Sie endete mit einer einstimmigen Verurteilung der Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung, mit einem Bekenntnis zur Planwirtschaft und mit einer klaren Ablehnung einer selbstaufgelegten Mässigung bei der Durchkämpfung von Lohnforderungen. Zwei Männer, die wahrscheinlich in den kommenden Jahren der britischen Gewerkschaftspolitik ihren Stempel aufdrücken werden,

Alan Birch und Frank Cousins, beherrschten die Lohn- und Wirtschaftsdebatte. Alan Birch, der 49-jährige Führer der Einzelhandelsangestellten und Vorsitzende des TUC-Wirtschaftskomitees, legte das Schwergewicht seiner Argumente darauf, dass die Marschroute der Gewerkschaften darauf abzielen müsse, die restriktive Wirtschaftspolitik der Regierung durch expansionistische Wirtschaftsplanung zu ersetzen. Er warnte vor der Ausdehnung von Lohnstreiks, die sich auf dem Hintergrunde der wachsenden Arbeitslosigkeit abspielen müssen.

Frank Cousins dagegen, der Generalsekretär der Transportarbeiter, legte den Akzent auf gewerkschaftliche Aktion und Solidarität. Die von ihm eingebrachte Resolution, wonach die Gewerkschaften das Lohnniveau und die Arbeitsplätze wenn nötig mit Streikaktionen sichern sollen, fand einstimmige Annahme und bedeutet die Aufrechterhaltung der in den Vorjahren aufgestellten TUC-Politik.

Die während der Wirtschaftsdebatte in Erscheinung getretene enge Verbundenheit der Gewerkschaften mit der Labour-Party kam auch in der Diskussion über atomare Abrüstung zum Ausdruck. Die Auffassung, dass Grossbritannien von sich aus alle atomaren Waffen abschaffen solle, um für Weltabrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen, wurde, obwohl von einer beachtlichen Minderheit vertreten, abgelehnt. Stattdessen schloss sich der Kongress dem von der Labour-Party verfochtenen Standpunkt an. Danach soll der Druck auf die britische Regierung verstärkt werden, damit sie mit mehr Energie auf die Einstellung der Atomversuche und auf die schrittweise Abschaffung nuklearer Waffen hinarbeitet.

Eine geschlossene Abwehrfront, sowohl in der Wirtschafts- wie in der Abrüstungspolitik, dürfte somit als das Hauptergebnis des 90. TUC-Kongresses bezeichnet werden können, was im Hinblick darauf, dass Grossbritannien sich bereits in einem Stadium der Wahlvorbereitung befindet, von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung sein kann.

USA-Hilfe für Ravensbrück-Opfer

sp - Die Herausgeber und Redakteure der bekannten amerikanischen Zeitschrift "Saturday Review" haben die amerikanische Öffentlichkeit zur Hilfe für 53 polnische Frauen, die die Hölle von Ravensbrück überstanden, aufgerufen. Sicherlich ist der Ursprung dieser Initiative in den Prozessen gegen die noch fassbaren Henker der Konzentrationslager des Dritten Reiches zu suchen. Was an Grauensollen in diesen Lagern geschehen ist, weiss inzwischen die gesamte Welt. Es ist gut, dass die Mörder und Schergen eines verbrecherischen Regimes, die noch unter uns weilen, jetzt für ihre Schandtaten zur Verantwortung gezogen werden. Das gehört gewissermassen zur Selbstreinigung unseres Volkes. Zögern oder gar die oft getraute Ausrede, man solle doch endlich die Vergangenheit vergangen sein lassen, sind hier nicht angebracht. Jedes deutsche Gericht, das diese Vergangenheit als Warnung für die Zukunft entkühlt, macht sich um die Wiederherstellung unseres Ansehens in der Welt verdient.

Genügt es jedoch, allein die Schuldigen zu fassen? Sollte man nicht auch an die Überlebenden Opfer denken, an denen, soweit es überhaupt möglich ist, gutgemacht werden muss, was ihnen an entsetzlichen Leiden angetan wurde? In Ravensbrück dienten neben ungezählten Jüdinnen auch polnische Frauen und Mädchen als Versuchskaninchen. Viele starben an den ihnen zugefügten Injektionen eines qualvollen Todes. Nur wenige überlebten. Zu den wenigen gehören die 53 polnischen Frauen, für die nun "Saturday Review" zur Hilfe aufgefordert hat.

Der Appell an die Grosszügigkeit und Hilfsbereitschaft der Amerikaner wird nicht ungehört verkallen, aber uns - und damit meinen wir alle verantwortlichen Stellen in der Bundesrepublik - muss diese amerikanische Initiative in Grunde tief beschämen. Sie erinnert uns an ein nicht entschuldigbares Versäumnis. Nichts stand im Wege, sich von deutscher Seite aus um das Los dieser bejammernswerten Frauen und Mädchen, denen das Lebensglück genommen wurde, zu kümmern und ihnen beizustehen. Zur Aussöhnung mit dem polnischen Volk gehört auch die Löschung dieses Kapitels. Man kann sich auch nicht darauf berufen, dies sei nicht möglich gewesen, weil zwischen Bonn und Warschau keine diplomatischen Beziehungen bestehen. Das deutsche und das polnische Rote Kreuz haben gerade in den letzten Jahren an menschlichen Brücken wiederhergestellt, wozu die Politik noch nicht imstande ist. Die 53 polnischen Frauen - und sie werden gewiss nicht die einzigen sein - für die nun amerikanische Miltätätigkeit aufgeboten wird, sind für uns alle das Mahnzeichen einer Schuld, die abzutragen wir versäumten, obwohl wir dazu verpflichtet wären. - - - - -

Verantwortlich: Günter Markscheffel